Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 83 — Donnerstag, 18. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Postporto), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Preisnachlaß u. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag Dietsch & Brückner, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Deutschland fordert Rüstungsgleichheit

Nadolnys große Rede – Kühle Aufnahme

Von unserem nach Genf entsandten W.-H.-Sonderberichterstatter

Genf, 18. Febr. Wenn man zu Beginn der heutigen wichtigen Konferenztagung, die zum zweiten Male einen Vertreter Deutschlands auf die Tribüne führte, in den großen Saal hinabblickte, sah man gleich, daß ein Teil der Delegationen die volle Bedeutung unserer Abrüstungsaktion noch nicht erfaßt haben konnte. Ueberall klaffen noch Lücken. Nachzügler gingen gemächlich und ohne jedes Zeichen von Eile an ihre Plätze, auch noch, als der Präsident schon dem Sprecher Deutschlands, Botschafter Nadolny, das Wort erteilt hatte. Auch die Tribünen waren nur spärlich besetzt. Es zeigt sich eben doch, daß es schon ein recht später Zeitpunkt ist, um noch ein volles allgemeines Interesse voraussetzen zu können, zumal die Weltereignisse stark von der Abrüstungskonferenz ablenken. Als Nadolny das Rednerpult betritt und sich zunächst prüfend zum Präsidenten wendet, herrscht

ein peinlich wirkendes, eisiges Schweigen.

Nicht eine einzige Hand rührt sich, weder im Saal noch auf den Tribünen. Nicht einmal der übliche Höflichkeitsbeifall, mit dem alle Delegierten sonst rechnen können, wird gespendet. Fürchtet man, sich durch Beifall als Anhänger der deutschen Pläne verdächtig zu machen? Sind einzelne Staaten durch die eingestreute zweite Rede verschnupft? Oder fehlen nur noch die Delegierten, die sonst unserem Standpunkt günstig gegenüberstehen und das Zeichen zum Beifall zu geben pflegen?

Nadolny liest seine Rede in französischer Sprache vor.

Er ist überall im Hause verständlich. Die Stimme ist voll und dringt durch. Aber nicht einen Augenblick ist beim Verlesen seiner Rede, die doch immerhin wichtige grundlegende Erklärungen enthält, Erklärungen, die in Zukunft das deutsche Handeln bestimmen müssen, im Saale ein besonderes Interesse oder eine besondere Spannung zu bemerken. An keiner Stelle der Ausführungen erfolgt Beifall. Nur einmal hört man wie irgendwoher ein auffallend höhnisch klingendes Räuspern. Nach Beendigung der Rede erst hört man ein ziemlich schwaches Händeklatschen. Auch kommt kein einziger Delegierter zur Bank der Deutschen, um zu gratulieren, wie es nach Apponyis Rede in reichem Maße geschehen war. Das fiel auf, ist aber an sich doch nicht entscheidend. Wichtiger ist, ob die deutschen Vorschläge selbst und die sie einführende und begründende Rede Nadolnys geeignet sind, auch im jetzigen Zeitpunkt noch genügend und vor allem lange andauernd zu wirken und verlorenes Gelände allmählich wieder einzuholen. Von der Rede selbst kann das nur mit Einschränkung erwartet werden.

Es war keine starke Rede.

Sie wirkte in der französischen Sprache zudem eher noch abgeschwächt. Gewiß spiegelte sie die in sich geschlossenen und zwingenden logischen Abrüstungsforderungen Deutschlands wider, wie sie in der beigefügten Denkschrift niedergelegt sind, erläuterte sie zuweilen in eigenen Wendungen und stellte sie in den großen Zusammenhang. Aber sie bot daneben selbst doch zu wenig Eigenes. Sie ließ sich zu sehr von der Trockenheit und Nüchternheit des Stoffes, der die Denkschrift notwendigerweise beherrschte, anstecken. Es fehlte etwas von dem Schwung und von der geistigen und moralischen Höhe der Apponyirede. Gewiß, man kann wohl alles unterschreiben. Vieles ist recht gut gesagt,

am besten die Wendung gegen die deutsche Deklassierung.

Die Rede ist auch gelegentlich um eine Nuance deutlicher als die des Kanzlers, der noch stärkere politische Rücksicht nehmen wollte. Es bleibt aber doch das Empfinden, daß noch bessere, noch mitreißendere, noch unwiderleglichere Formulierungen gefunden werden können, und daß unser verletztes Recht und unser moralischer Einspruch auf schnellste Herstellung gleicher Sicherheit noch schärfer und eindringlicher zum Ausdruck gebracht werden sollten. So wirkte die Rede, wie man feststellen kann,

keineswegs aufregend, nicht einmal auf die Franzosen,

die sich sehr ruhig äußern und sich mehr mit den konkreten deutschen Forderungen selbst beschäftigen. Angstmeier unter den Neutralen sind froh, daß nichts passiert ist.

Die deutschen Vorschläge selbst sind natürlich heute das wichtigste. Sie bilden in Zukunft die unverrückbare Plattform Deutschlands. Sie haben, soweit sie schon im einzelnen studiert worden sind, zweifellos durch ihre Großzügigkeit und ihre Eigenart Eindruck gemacht und werden hoffentlich auch weiterwirken. Man erkennt nun doch ganz deutlich, daß Deutschland sich diesmal nicht mit der Gleichberechtigungsfrage begnügen wird, sondern bis zur letzten Konsequenz gehen will.

Inhaltlich muß anerkannt werden, daß die deutschen Vorschläge noch erheblich über das hinausgehen, was von deutscher Seite auf der Vorbereitungskonferenz seinerzeit verlangt worden ist, und daß sie viel einheitlicher und konstruktiver sind.

Sie erfüllen zugleich die Aufgabe, einen ernsten und gewichtigen Beitrag zur Abrüstung selbst zu geben, wobei sie gleichzeitig der Forderung auf Herabsetzung der Rüstungsausgaben entsprechen. Wichtig ist, daß diesmal logischerweise nicht nur die ziffernmäßige Anrechnung des lagernden Kriegsmaterials, sondern die Vernichtung all dessen, was über eine bestimmte Höhe hinausgeht, nach deutschem Muster gefordert wird. Allerdings bleibt hier die große Lücke, daß man die ausgebildeten Reserven der einzelnen Länder, also den Hauptteil ihrer Kriegsarmeen, doch nicht totschlagen kann und daß hier bei bloßer Abrüstung noch auf lange Jahre hinaus eine schwere Ungleichheit zuungunsten Deutschlands und der anderen entwaffneten Mächte bestehen bleiben würde.

Die Forderung nach völliger Zerstörung der militärischen Luftrüstung ist anderseits so radikal, daß sie in dieser Form zweifellos keine Aussicht auf Verwirklichung hat.

Das hat wohl manchen überrascht, daß Deutschland die konsequente Anwendung der Versailler Abrüstungsklausel auf die anderen Staaten auch auf Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und ein Verbot der Unterseeboote fordert. Hier wird offenbar der politische Anschluß an England versucht. Die Gefahr ist nur die, daß solche Vorschläge isoliert aus unseren Forderungen, die nur als Ganzes für uns tragbar sind, herausgepflückt und dann einseitig zu allgemeinen Forderungen gemacht werden.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge siehe Seite 2!

König Friedrich August schwer erkrankt

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Sibyllenort, 18. Februar. König Friedrich August, der schon in den letzten Tagen unter schweren Herzaffektionen litt, hat heute früh in der siebenten Stunde einen linksseitigen Gehirnschlag erlitten. Er ist völlig gelähmt und zur Stunde noch bewußtlos. Noch um 3 Uhr morgens hatte er sich mit seinem Diener unterhalten. Um 7 Uhr fand man ihn ohne Besinnung im Bett. Die Aerzte haben die Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens noch nicht aufgegeben, doch ist der Zustand des Königs, da die Herztätigkeit sehr schwach ist, außerordentlich ernst. Der bekannte Breslauer Internist Prof. Dr. Erckenh. Primärarzt am Allerheiligen-Hospital, ist hinzugezogen worden. Sämtliche Familienmitglieder sind telegraphisch nach Sibyllenort gerufen worden und bereits nach dort unterwegs. Der älteste Sohn, Prinz Georg, der bekanntlich Geistlicher ist, wird in den späten Nachmittagsstunden mit Sonderflugzeug in Breslau erwartet.

Bis zum Abschluß dieser Ausgabe — also 3,30 Uhr — war das Bewußtsein des Königs noch nicht zurückgekehrt.

•

Die lebensgefährliche Erkrankung König Friedrich Augusts ist trotz der Herzbeschwerden der letzten Tage seiner Umgebung völlig überraschend gekommen. Noch am heutigen Donnerstagvormittag erhielt Generalmajor Baron v. Byrn in Wachwitz aus Sibyllenort die Nachricht, daß sich der König am 21. Februar zur Jagd bei dem Grafen Schaffgotsch nach dem Riesengebirge begeben wolle.

„Abrüstungskonferenz – Friedenskonferenz!"

Genf, 18. Febr. Auf der heutigen Tagung der Abrüstungskonferenz begründete Botschafter Nadolny in längerer, eindringlicher Rede die deutschen Abrüstungsvorschläge und führte dabei unter anderem aus: „Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten Versailler Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands in einem entsprechenden Konventionsentwurf zusammenzustellen und als deutschen Gegenentwurf vorzulegen. Denn diese Art der Entwaffnung ist in mehreren Staaten seit einer Reihe von Jahren praktisch zur Anwendung gelangt; und nach dem Willen derer, die sowohl diese Entwaffnung, als auch den Art. 8 des Völkerbundsstatuts festgesetzt haben, soll sie die allgemeine Abrüstung einleiten. Wir haben es vorgezogen, einen anderen Weg zu wählen. Denn wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt.

So haben wir, ohne die Grundlage der Versailler Bestimmungen zu verlassen, nur die Hauptgrundsätze dieser Bestimmungen vorgelegt, deren Anwendung für alle Staaten wir als möglich erachten.

Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine Abrüstung wirksam und nachhaltig machen können. Unsere derart zustandegekommenen Vorschläge umfassen das ganze Gebiet der Abrüstung."

Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß auf ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten, als die im Pakt vorgesehenen.

Im übrigen hat vor einigen Tagen der Vertreter Ungarns, der verehrte Graf Apponyi, mit unübertrefflicher Klarheit nachgewiesen, daß die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge durch die nach dem Art. 8 abzuschließende neue Konvention abgelöst werden müßten. Ich kann mich seinen Ausführungen nur anschließen und darf hinzufügen, daß es keine Bestimmung im Vertrag von Versailles gibt, die diese Sachlage ändern könnten.

Dabei fällt es mir auch schwer, zu glauben, daß der Völkerbund einen Zustand weiter bestehen lassen sollte, bei dem ein Mitglied seines Rates, das sich mit seiner ganzen Geltung für die Zwecke des Bundes eingesetzt hat, auf einem der wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Bundes einer besonderen Beschränkung unterliegt.

Deutschland ist bereit, unter der Voraussetzung, daß die abzuschließende Konvention für uns die gleiche Bedeutung hat wie für alle anderen Staaten, alles daran zu setzen, um die Aufgabe der Konferenz zu lösen. Deutschland ist auch bereit, gegenüber den anderen Staaten auf das Bedürfnis nach ihrer nationalen Sicherheit, nach der sich bekanntlich das zuzulassende Maß ihrer Rüstung zu bestimmen hat, jede Rücksicht zu nehmen, soweit dies im Rahmen des Artikels 8 des Statuts, d. h. unter der Voraussetzung einer tatsächlichen allgemeinen Abrüstung und unter Berücksichtigung seiner eigenen nationalen Sicherheit, möglich ist. Allgemein kann und darf das Bedürfnis nach Sicherheit nicht die Abrüstung überhaupt verhindern, denn auch

wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit in erster Linie durch eine weitgehende allgemeine und daher möglichst gleichwirkende Abrüstung gewährleistet wird.

Wer nur kleine Kanonen hat, kann nicht mit großen schießen, und wer nicht einmal einen Revolver besitzt, kann überhaupt nicht schießen. Das ist doch eine einfache Logik. Ich erinnere daran, daß im Schlußprotokoll von Locarno bereits zum Ausdruck gekommen ist, daß man die Zeit zur Verwirklichung der Abrüstung für gekommen erachtet, und daß der Völkerbund schon im Jahre 1928 ausdrücklich festgestellt hat, daß der Stand der allgemeinen Sicherheit eine Herabsetzung der Rüstungen gestatte.

Nun haben wir jetzt den Antrag der französischen Delegation auf Schaffung einer allgemeinen Polizeimacht erhalten.

Wir werden den Vorschlag auch unsererseits mit aller Aufmerksamkeit prüfen.

Und nun zum Schluß: Es ist hier zum Ausdruck gebracht worden, daß diese Konferenz keine Friedenskonferenz sei. Ich kann mich dieser Ansicht nicht anschließen. In unseren Augen ist sie eine Friedenskonferenz, und zwar deshalb, weil sie eine der wichtigsten Friedensgrundlagen herstellen und sichern soll zu einer Zeit, in der die ganze Welt von einer noch nie dagewesenen Krise erschüttert wird. Wir hoffen und sind sogar überzeugt, daß es dem festen Willen aller hier versammelten Staatsmänner gelingen wird, auch in der vorliegenden Frage der Abrüstung die zweifellos noch vorhandenen großen Gegensätze zu überbrücken und auf diese Weise dem Friedensvertrag einen weiteren, die Schaffung einer friedlichen Atmosphäre störenden Stachel zu nehmen, nämlich den Stachel der Deklassierung hinsichtlich der Abrüstung. Wir müssen eine Vereinbarung finden, die für die besonderen Verhältnisse eines jeden unter uns Raum läßt, aber die grundsätzlich so geschaffen ist, daß wir alle sie unterzeichnen können, und die allein die Magna Charta für den Stand unserer Rüstungen und damit für den Stand unserer Sicherheit ist. Der gute Wille Deutschlands wird dabei nicht fehlen."